Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 20 (1928)

Heft: 6

Rubrik: Tagesfragen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE
RUNDSCHAU
FÜR DIE SCHWEIZ
Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

20. Jahrgang JUNI 1928 No. 6

Tagesfragen.

Die wirtschaftliche Chronik dieses Heftes enthält zwei interessante Streiflichter zur gegenwärtigen industriellen Konjunktur. 1. Bild: Die Erhebungen des Eidgenössischen Arbeitsamtes über die Lage der Industrie ergeben, dass von den erfassten Arbeitern in der Zeit vom Sommer 1924 bis zum Frühjahr 1928, also innert vier Jahren, etwa 31 Prozent eine Lohnerhöhung zugestanden erhielten, die aber im Durchschnitt für alle Arbeiter nur 1,5 Prozent der Lohnsumme ausmacht oder 0,4 Prozent im Jahr. Dem stehen Lohnherabsetzungen für 13 Prozent der Arbeiter in der Höhe von durchschnittlich 0,7 Prozent oder jährlich 0,2 Prozent gegenüber, so dass noch 0,8 Prozent, d. h. jährlich 0,2 Prozent Lohnerhöhung bleiben. 2. Bild: Der von der Schweiz. Nationalbank berechnete Index der Aktienkurse ist für Industrieaktien vom Frühjahr 1924 bis zum Frühjahr 1928 von 120 auf 242 gestiegen, eine Steigerung um 100 Prozent oder im Durchschnitt 25 Prozent im Jahr. Abzüge sind hier keine zu machen, denn die Kursrückgänge sind inbegriffen.

100 zu 0,8 oder 25 zu 0,2! Das ist das Verhältnis zwischen der Erhöhung der Aktienkurse und derjenigen der Löhne. Mit andern Worten: Der Konjunkturaufstieg der schweizerischen Industrie hat prozentual den Aktienbesitzern 125 Mal soviel gebracht wie den Arbeitern. Freilich ist dieser Vergleich zwischen der Schätzung künftigen Einkommens durch die Börsenspekulation und dem wirklichen Einkommen der Arbeiter nicht so ganz hieb- und stichfest. Immerhin kann der Aktienbesitzer die Vermögensvermehrung von 100 Prozent realisieren, wenn er will, und dass auch seine Einkommensvermehrung nicht sehr viel geringer ist, werden wir später noch belegen. Uns ist auch hier nicht am mathematisch genauen Verhältnis zwischen Arbeits- und Aktionäreinkommen gelegen. Sondern wir wollten nur erneut zeigen, das das Kapital den Ertrag der guten Konjunktur vollständig für sich ausschöpft und der Arbeiterschaft nichts zugesteht. Die Rendite mag noch so glänzend sein — die

Arbeitskraft wird genau wie Roh- und Brennstoff nach dem Marktpreis bezahlt, der abhängig ist von Angebot und Nachfrage und von dem Machtverhältnis zwischen Unternehmertum und organisierter Arbeiterschaft. In der Zeit der Krise, da soll der Arbeiter die Verluste tragen und sanieren helfen, allein in der Zeit der Hochkonjunktur, da fällt der Mehrertrag dem Kapitalisten zu.

* * *

Es ist daher begreiflich, dass die Arbeiterschaft den Fragen der Konjunkturbeobachtung und Konjunkturpolitik mehr als nur theoretisches Interesse entgegenbringt. Die Schweizerische Statistische Gesellschaft hatte sich an ihrer diesjährigen Jahresversammlung diese Probleme als Diskussionsthema gestellt. Prof. Pribram forderte in seinem interessanten Vortrag eine möglichst umfassende Konjunkturforschung, die sich unter Umständen (z. B. für die Schweiz) auch auf die Konjunktur im Ausland und ihren Einfluss auf das Inland erstrecken muss. Das Thema « Konjunkturpolitik » erfuhr durch Prof. Saitzew eine vorwiegend akademische Behandlung. Gewiss erfordert Konjunkturpolitik vorausgehende Konjunkturforschung und diese wiederum Konjunkturtheorie. Allein Konjunkturtheorie hat ebenso sehr Konjunkturforschung zur Voraussetzung wie umgekehrt. Beides muss Hand in Hand gehen. Auch Konjunkturpolitik ist schon lange getrieben worden ohne klare theoretische Grundlage, doch vom privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus. Im Interesse der Allgemeinheit wünschbar ist eine systematische Beeinflussung der Volkswirtschaft, um die Wellenbewegung im Wirtschaftsleben zu beseitigen oder doch flacher zu gestalten. Das kann aber nur durch den Staat oder ein gemeinsames Vorgehen von Staat und Wirtschaftsverbänden geschehen. Aus diesem Grunde haben wir schon wiederholt den Ruf erhoben nach einer schweizerischen Konjunkturforschungsstelle, die besonders die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen, die Wirtschaftslage beeinflussenden Faktoren abzuklären hätte und die den Behörden und Privaten die Wege weisen müsste zur Beeinflussung der Wirtschaftslage. Jedenfalls kann die Arbeiterschaft nicht mehr zusehen, wie der Kreislauf der Konjunktur als unabänderliches Fatum hingenommen wird. Sie kann sich auch nicht bloss damit zufrieden geben, dass ihr bei Arbeitslosigkeit ein Anspruch auf Unterstützung zugebilligt wird mit der Begründung Prof. Saitzews, sie könne ja für die Krisis nicht verantwortlich gemacht werden. Die Folgen der Wirtschaftskrisis werden trotzdem direkt oder indirekt auf sie abgewälzt, und vom Aufschwung erhält sie einen minimen Anteil. Daher ist die Arbeiterklasse in allererster Linie interessiert an einer gleichmässigen Entwicklung, die natürlich nicht gleichbedeutend ist mit Stillstand, die aber an Stelle der Schwankungen eine stetige Vorwärtsbewegung der Wirtschaft bringt.

* * *

Ein interessanter Federkrieg wird gegenwärtig von der Unternehmerpresse gegen die verbindliche Schiedsgerichtsbarkeit in Arbeitsstreitigkeiten geführt. Anlass dazu bietet eine Motion im Nationalrat, die den Bundesrat einlädt, « einen neuen Entwurf zu einem Gesetz betreffend die Ordnung des Arbeitsverhältnisses vorzulegen, das insbesonders den Ausbau des Gesamtarbeitsvertrages und die Einrichtung der verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit vorsieht ». Diese Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen wird heftig bekämpft gerade von den Kreisen, die sonst so gern den « sozialen Frieden » predigen und bei jedem Streik jammern über den Schaden, der dadurch der Volkswirtschaft zugefügt werde. Aber ihre Friedenssehnsucht ist genau so gemeint wie die der Imperialisten und Militaristen. Sie sind für den Frieden, in dem sie die Bedingungen diktieren und ihre Machtmittel rücksichtslos ausnützen können. Sobald jedoch die Gefahr besteht, dass ein Frieden einigermassen nach Recht und Gerechtigkeit geschlossen wird, ist ihre Friedenssehnsucht auf den Nullpunkt gesunken. Der konsequente Klassenkampfstandpunkt! Freilich wird er mit schönen Worten verbrämt. So heisst es im Organ des Schweiz. Baumeisterverbandes: Um Lohnkonflikte in einer für beide (!) Teile befriedigenden Weise zu lösen, sei verschiedenes notwendig:

> « Auf Seite der Arbeitgeber soziales Verständnis für die Bedürfnisse und die Lage seiner Arbeiter, was ein gewisses moralisches Niveau voraussetzt, welches die Arbeitgeberschaft in der Schweiz erfreulicherweise aufweist; beim Arbeitnehmer dagegen die wirtschaftliche Einsicht, ein Requisit, das heute fast durchwegs vermisst wird. »

Wollen wir einmal die Probe aufs Exempel machen? Wir haben festgestellt, dass sich die Löhne in den letzten vier Jahren um etwa 0,8 Prozent, die Kurse der Industrieaktien dagegen um 100 Prozent erhöht haben. Nun könnten die Arbeitgeber ihr « gewisses moralisches Niveau » und ihr « Verständnis für die Lage und die Bedürfnisse der Arbeiter » dadurch beweisen, dass sie der Arbeiterschaft eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Prozent bewilligen, auf die Gefahr hin, dass der Aktienindex um 40 Punkte (das wären 17 Prozent des gegenwärtigen Standes) fallen würden. Das Verhältnis stände ja auch dann mit 70 zu 10,8 noch nicht schlecht für die Aktionäre. Und die Arbeitnehmer — nun, wir glauben, sie haben schon einige wirtschaftliche Einsicht bewiesen, wenn sie herausgefunden haben, dass die Kapitalbesitzer von der gegenwärtigen Konjunktur in gewaltig viel höherem Masse profitieren als die Arbeiterschaft. Oder sollte ihre « wirtschaftliche Einsicht » nach der Meinung der Baumeister-Zeitung etwa darin bestehen, dass sie diese wirtschaftlichen Tatsachen — nicht sehen?

* * *

Ein Jahr nach der Tagung der Weltwirtschaftskonferenz ist in Genf der internationale Wirtschaftsrat zusammengetreten, um zu prüfen, was in diesem Jahr geschehen ist zur Ver-

wirklichung der Beschlüsse der Konferenz vom Mai 1927 und was in Zukunft geschehen soll. Noch ist freilich von jenen Beschlüssen nicht viel in die Tat umgesetzt worden, doch es war zu erwarten, dass sich dem grosse Hindernisse in den Weg legen würden. Und es darf festgestellt werden, dass das Wirtschaftskomitee bereits die Lösung verschiedener Fragen an die Hand genommen hat. Erfreulich ist auch, dass der Wirtschaftsrat in seinen Entschliessungen die Haltung der Wirtschaftskonferenz in wichtigen Punkten unterstreicht oder näher präzisiert und dass er auf eine noch energischere Verfolgung dieser Ziele dringt. Es blieb dem schweizerischen Bauernsekretär, Dr. Laur, vorbehalten, mit seiner Rede einen Ton in die Diskussion hineinzubringen, der dem Geiste der internationalen wirtschaftlichen Verständigung vollständig widerspricht. Während die Vertreter der Landwirtschaft an der Weltwirtschaftskonferenz selbst sich für einen Abbau der Agrarzölle ausgesprochen und den Bauern die Herabsetzung der Produktionskosten durch Rationalisierung und die Ausschaltung des Zwischenhandels durch die Genossenschaften als Mittel zur Besserung ihrer Lage empfohlen hatten, fordert Herr Laur Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte. Während die Bauernführer an der Weltwirtschaftskonferenz eingesehen hatten, dass die Politik der Absperrung, der Schutzzölle, der hohen Preise sich gegen die Landwirtschaft selbst richtet, da auch sie auf den möglichst ungehinderten internationalen Güteraustausch angewiesen ist, vertritt Dr. Laur auch weiterhin die beschränkte Politik des nationalen Egoismus, die zum Kampf aller gegen alle führen muss. Die schweizerische Bauernsame wird von einer solchen Politik in erster Linie und am schwersten betroffen. Man stelle sich nur vor, welche Folgen eine Unterbindung des Käseexports für die Milchwirtschaft unseres Landes zeitigen müsste. Dass ein so weit gereister und gelehrter Mann wie Laur nicht über die Grenzpfosten seiner kleinen Heimat hinaussieht, ist für uns ein psychologisches Rätsel.

* * *

Es scheint überhaupt, dass in den Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik die Schweiz ein Hort der Reaktion wird, wie sie es schon auf dem Gebiet der internationalen Sozialpolitik ist. Wir haben schon früher hingewiesen auf die Haltung des schweizerischen Regierungsdelegierten an der Konferenz zur Beseitigung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und -verbote, wo er ganz im Gegensatz zu seiner Stellungnahme an der Weltwirtschaftskonferenz mit dem Delegierten Englands und einigen anderen die Rolle des Radschuhs gespielt hat. Dass darin der Einfluss des Bauernsekretariats zum Ausdruck kommt, wird niemand leugnen wollen. Wir müssen heute aber auch einmal auf die Haltung des Bundesrates selbst gegenüber den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz aufmerksam machen, die sich leider durch den vollständigen Mangel an Haltung auszeichnet. Der Bundesrat hat vor etwa einem Jahre, in Beantwortung einer Interpellation Pfister,

einen Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz und die Stellungnahme der Schweiz in Aussicht gestellt. Dieser Bericht ist bis heute nicht erschienen. Auf eine kleine Anfrage Oprecht hat der Bundesrat geantwortet, der Hauptgrund für die Verzögerung sei die starke Inanspruchnahme des Direktors der Handelsabteilung, der Bericht werde im Herbst erscheinen. Man geht wohl nicht fehl mit der Annahme, dass noch ein Nebengrund vorliegt, der an Bedeutung den erwähnten Hauptgrund weit übersteigt. Und dieser besteht darin, dass das Bauernsekretariat Brugg alles daransetzt, um die Genfer Beschlüsse zu sabotieren und deshalb eine positive Stellungnahme der Schweiz zu verhindern sucht. Das wird ihm auch dank seiner engen Beziehungen zum Eidg. Volkswirtschaftsdepartement nicht allzu schwer fallen. Tatsache ist, dass eine Reihe von Regierungen durch ihre vorläufig wenigstens theoretische Billigung der Berichte und Entschliessungen der Genfer Konferenz für den Gedanken der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Nationen statt des gegenseitigen Wirtschaftskrieges wenigstens eine gewisse Propaganda geleistet haben, die eine nicht unwichtige Vorarbeit für ihre praktische Verwirklichung bedeutet. Und Tatsache ist ferner, dass seitens der Schweiz, die das allergrösste Interesse an der Verbreitung dieses Gedankens hat, bisher noch nichts getan wurde zu seiner Förderung. Das lässt sich tatsächlich nur zusammenreimen, wenn man die Brugger Regie als Zwischenglied einschaltet.

Schwierigkeiten in der Arbeiterbildung.

Fehler und Wege.

Von H. Rüfenacht.

Die Politiker und Gewerkschafter, die Tag für Tag sich mit materiellen Fragen des Proletariats zu befassen haben, erhalten dadurch einen tiefen Einblick in die grosse körperliche Not, in der zu leben die Arbeiterschaft unter der Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaft verdammt ist. Ist schon diese äusserliche Wirkung furchtbar, indem sie dem Arbeiter den grössern Ertrag seiner Arbeitskraft vorenthält, ihn aussaugt und ihn als Mittel zur Schaffung ungeheurer Gewinne missbraucht, so offenbart sich dem, der sich mit der Arbeiterbildung befasst, ein weit grösserer innerer Schaden, den diese kapitalistische Wirtschaft der Seele des Arbeiters zugefügt hat, indem sie ihn der Natur, der Erde, der Arbeit, ja sich selbst entzogen, in ihm alle guten Kräfte und den Glauben an das Hohe, Gute, Schöne systematisch erdrückt und ihn zum mechanischen Arbeitstier ohne Sinn für das, was er schafft, gemacht hat. In Erkenntnis dieser seelischen Zerstörung und aus der Ueberzeugung heraus, dass eine wahrhaft menschliche Kultur nur möglich sein wird durch die seelische und geistige Emporbildung des Menschen, dass der Weg zu dieser wahrhaft